Drucksache 19/ 14.08.2018

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Folgen und Konsequenzen eines Ausnahmesommers im Land Bremen

Der Sommer in Deutschland, vor allem in Norddeutschland, war dieses Jahr von langanhaltender extremer Hitze und ausgeprägter Trockenheit gekennzeichnet. Mit dem bisher viertwärmsten Juli wies der Zeitraum April bis Juli 2018 in Deutschland laut Deutschem Wetterdienst eine Temperaturanomalie von 3,6 Kelvin gegenüber der Referenzperiode 1961-1990 auf; eine solch hohe Anomalie wurde für diesen Zeitraum in Deutschland seit 1881 noch nie registriert. Ausgesprochen heiße und trockene Verhältnisse prägten auch große Teile Mittel- und Nordeuropas – mit teilweise katastrophalen Folgen, wie z.B. den Waldbränden in Griechenland mit fast 100 Toten. Solche Extremwetterereignisse werden in Zukunft voraussichtlich häufiger auftreten. Eine von der Universität Oxford und dem niederländischen Wetterdienst am 27.07.2018 veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Hitzewelle wie der diesjährigen in Europa im Vergleich zu einer Welt vor dem anthropogenen Klimawandel verdoppelt hat.

Auch im Land Bremen waren die Folgen dieses Ausnahmesommers in Form von niedrigen Wasserpegeln, ausgetrockneten Kleingewässern, vertrockneten Wiesen, ersten Trinkwasserrationierungen in den Umlandgemeinden für die Menschen sicht- und spürbar. Durch die überdurchschnittlich hohen Lufttemperaturen seit April war der Wasserbedarf der Pflanzen in diesem Jahr besonders hoch, bei den gleichzeitig deutlich zu geringen Niederschlägen führte dies zu einer Austrocknung der Böden und zu Wassermangel bei landwirtschaftlichen Kulturen und damit verbundenen Ertragseinbußen. Aber auch auf die Gesundheit der Menschen sowie auf die städtischen Infrastrukturen haben Extremwetterereignisse wie in diesem Sommer weitreichende Auswirkungen. Ins öffentlichen Bewusstsein gerückt sind darüber hinaus zahlreiche tragische Badeunfälle mit zum Teil tödlichem Ausgang. Für das Land Bremen scheint eine erste Bestandsaufnahme angezeigt, um die Schäden und Beeinträchtigungen abschätzen und, wenn möglich, beheben zu können sowie Rückschlüsse auf den Umgang mit zukünftigen Extremwetterereignissen und die Klimaanpassungsstrategie des Landes Bremen zu gewinnen.

Wir fragen den Senat:

Folgen für die Daseinsvorsorge

1. Inwiefern und durch welche Maßnahmen (z.B. Aufsichtspersonal, Hinweisschilder, Absperrungen) konnte im diesjährigen Ausnahmesommer die Sicherheit der Badegäste im bremischen Schwimmbädern und öffentlich zugänglichen Gewässern gewährleistet werden? Zu wie vielen Badeunfällen ist es in diesem Sommer im Land Bremen gekommen? Wo und wann sind diese passiert und was waren nach Kenntnis

des Senats die jeweiligen Ursachen und Hintergründe? Ist ein Anstieg der Fälle im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht des Senats notwendig, um die Sicherheit der Badegäste weiter zu erhöhen (z.B. im Hinblick auf die in verschiedenen Badeseen installierten Badeinseln, das Schwimmen in der Weser, die Anzahl der DLRG-Rettungsstationen und die spezielle Ansprache von Risikogruppen)? Welche Notwendigkeit sieht der Senat, die Umsetzung der am 25.04.2018 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Anträge aus den Drs.-Nr. 19/1632 ("Jedes Kind muss Schwimmen lernen!"; Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP) und 19/1647 ("Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Lande Bremen"; Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen) zu beschleunigen?

- 2. Welche Auswirkungen hatte der Ausnahmesommer auf die Dienstleistungen der bremischen Daseinsvorsorge (z.B. Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung, Verkehr, Straßenreinigung, Bildung und Gesundheit)?
- 3. Welche Auswirkungen hatte der Ausnahmesommer auf das Löscheinsatzgeschehen der Feuerwehren im Land Bremen, z.B. im Hinblick auf Vegetationsbrände?
- 4. Welche Auswirkungen hatte der Ausnahmesommer auf das Einsatzgeschehen der Rettungs- und Pflegedienste sowie der Notaufnahmen in den Krankenhäusern im Land Bremen im Hinblick auf hitzebedingte Erkrankungen und Symptome (z.B. Hitzekollaps, Hitzschlag, Dehydrierung und Kreislaufbeschwerden)? Inwiefern waren vor allem besonders gefährdete Gruppen (z. B. Ältere, Kleinkinder, chronisch Kranke und im Freien Tätige) davon betroffen? War ein Anstieg hitzebedingter Todesfälle zu verzeichnen?
- 5. Wie hoch ist nach Kenntnis des Senats der Anteil (in absoluten und relativen Zahlen) der im öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen eingesetzten Fahrzeuge ohne auch bei Extremtemperaturen funktionstüchtige Klimaanlage im Fahrgastbereich (bitte nach Fahrzeugart und Verkehrsunternehmen aufschlüsseln)? Inwiefern und, wenn ja, bis wann ist ein Austausch dieser Fahrzeuge geplant?
- 6. Wie ist der Umsetzungsstand bei der geplanten Aufstellung von öffentlich zugänglichen Trinkwasserspendern gemäß der Handlungskonzepte HB 7 und BHV 5 der Klimaanpassungsstrategie des Landes Bremen?

Folgen für Natur und Umwelt

- 7. Welche Schäden und Beeinträchtigungen hat der Ausnahmesommer nach den bisherigen Erkenntnissen des Senats in der Natur im Land Bremen verursacht (Böden, Gewässer, Flora und Fauna)? Inwiefern sind daraus längerfristige Folgen für die Natur (z.B. Baumkrankheiten, Schädlingsbefall, Wasserbilanz und Grundwasserneubildung) zu erwarten? Inwiefern gedenkt der Senat, die Schäden zu beheben bzw. langfristig negative Folgen zu vermeiden?
- 8. Wie ist der Umsetzungsstand im "Handlungskonzept Stadtbäume" (Schlüsselmaßnahmen HB 6 und BHV 4) der Klimaanpassungsstrategie des Landes Bremen?

9. Inwiefern hat sich nach Kenntnis des Senats der Wasser- und Energieverbrauch im Land Bremen durch die Extremwetterlage über das ansonsten für diese Jahreszeit übliche Maß hinaus erhöht?

Folgen für Infrastruktur, Wirtschaft und Arbeitswelt

- 10. Welche Schäden und Beeinträchtigungen hat der Ausnahmesommer nach den bisherigen Erkenntnissen des Senats an der öffentlichen Infrastruktur (Straßen, Gleise, Gebäude, Brücken, Hafenanlagen, Ver- und Entsorgungssysteme, Sport- und Grünflächen usw.) im Land Bremen verursacht? Wo waren die Schäden besonders gravierend? Wie hoch schätzt der Senat die Schäden und inwiefern werden diese behoben? Was unternimmt der Senat, um langfristig negative Folgen zu vermeiden?
- 11. Welche direkten Folgen (z.B. Wasserrationierung in großen Produktionsbetrieben) und indirekten Folgen (z.B. geringere Produktivität der Beschäftigten infolge überhitzter Wohn- und Arbeitsräume) hatte der Ausnahmesommer nach Kenntnis des Senats für die Bremische Wirtschaft? Welche Branchen (z.B. Binnenschifffahrt und Hafenwirtschaft) waren davon besonders betroffen?
- 12. Welche materiellen, finanziellen und sonstigen Folgen hatte der Ausnahmesommer auf die Landwirtschaft im Land Bremen? Wie hoch werden die Ertragseinbußen und Kostensteigerungen geschätzt? Gibt es bäuerliche Betriebe im Land Bremen, denen das Futter für Ihre Tiere auszugehen droht? Welche Unterstützungsmaßnahmen leistet der Senat hier? Wie hat sich der Humusgehalt der Böden in der Bremer Grünlandregion entwickelt?
- 13. Inwiefern konnte die Arbeitsschutzverordnung und insbesondere der Klimakomfort in öffentlichen Gebäuden während des diesjährigen Ausnahmesommers eingehalten werden? Ich welchen Gebäuden war die Situation nach Kenntnis des Senats besonders kritisch? Wie viele Beschäftigte welcher Dienststellen waren davon jeweils betroffen? Bei welchen dieser Gebäude handelte es sich um solche mit Publikumsverkehr?
- 14. Inwiefern kamen im bremischen öffentlichen Dienst (Kernverwaltung sowie Eigenbetriebe des Landes sowie der beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven) besondere Regelungen, z.B. zur Arbeitszeit, im diesjährigen Ausnahmesommer zur Anwendung? Gab es dafür zentrale Vorgaben oder entschied darüber jede Dienststelle bzw. jeder Betrieb autonom?

Prävention

- 15. Was unternimmt der Senat über die in der "Klimaschutzstrategie Bremen. Bremerhaven." benannten Maßnahmen und Schlüsselprojekte hinaus, um Vorsorge für extrem trockene und heiße Wetterereignisse in der Zukunft zu treffen?
 - Dr. Thomas vom Bruch, Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU